



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

PRO UND KONTRA

Wie nicht selten sind Landtagsbeschlüsse von Meinungsstreitigkeiten aller Art begleitet. So auch das Beschlusspaket zur Verwaltungsstrukturreform 2019. Wenn es noch so ist, dass Widersprüche Entwicklung und Veränderung bewirken, gibt es vor den angestrebten Reformen der Landesregierung sehr unterschiedliche Ausgangspositionen. Besonders für uns LINKE ist es zumindest ungewohnt, Meinungsbilder nach dem Grad der regionalen Betroffenheit zu deuten. Hauptursache dafür ist die fehlende Klarheit im Leitbildentwurf zur Gestaltung der Selbstverwaltungskörperschaften nach Inhalt und Form. Die Meinungsunterschiede zwischen den Akteuren vor Ort und den leidenschaftlichen Befürwortern in Potsdam sind nicht ausgeräumt worden. Auch Alibiveranstaltungen des Innenministers haben wenig Klarheit gebracht. Die warnenden Worte unserer Landrätin in der Luckenwalder Veranstaltung wurden schlicht überhört. Es fand sich keine Möglichkeit für den Kreistag Teltow-Fläming, zur

Beschlussempfehlung des Landtagsausschusses für Inneres und Kommunales Stellung zu nehmen. Die Einladungsfrist zur Anhörung war zu kurz.

Vorsorglich hatte unser Kreistag bereits am 27. April 2015 grundsätzliche Aussagen zur Verwaltungsstrukturreform getroffen. Übrigens hat unsere Fraktion in allen Beratungen mit den Landtagsabgeordneten unserer Partei auf die Hauptanliegen des Kreistagsbeschlusses verwiesen.

Ebenso hat die Themenberatung im Kreisausschuss ergeben, dass alle Schwerpunktforderungen die einstimmige Unterstützung finden. Fazit ist, dass die Verwaltungsleitung, der Kreistag, der Kreisvorstand und auch Basisorganisationen aktiv an der Debatte teilgenommen haben. Die Landrätin Kornelia Wehlan hat sich mit einem persönlichen Schreiben unmittelbar vor der Anhörung im Innenausschuss an den Vorsitzenden gewandt und die Positionen des Landkreises ausführlich begründet. Vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist nicht bekannt, wie der

Landesausschuss auf die vielfältigen Meinungsäußerungen – übrigens aller Landräte – reagiert hat. Problematisch für unsere Kreistagsfraktion ist das Gefühl einer gewissen Ignoranz der politischen Stimmungslage zum Thema.

Mit Beginn der Leitbilddiskussion haben wir eine breite Öffentlichkeitsarbeit eingefordert. Diese hat nur sporadisch stattgefunden und hat die Vorbehalte besonders in den Grundzentren sowie im ländlichen Raum nicht abbauen können. Die Notwendigkeit von Reformen ist hinreichend erläutert und wird nicht bestritten. Was fehlt sind Lösungsansätze mit Varianten für die Umsetzung.

Die Kreistagsmitglieder fordern Verwaltungsstrukturen, die Bürgernähe und Mandatstätigkeit im erforderlichen Maß gewährleisten. Gemeinsam mit der Landrätin fordert die Kreistagsfraktion eine praktikable Funktionalreform ohne Finanzierungsvorbehalte mit klaren Kostenstrukturen. Ebenso sind Regeleinwohnerzahlen von 175.000 und Flächengrößen von 5.000 Quadratkilometern offensichtlich nicht zu begründen und sind prüffähig zu untersetzen. Das fehlende aus-

gewogene Finanzierungskonzept wird auch nicht dadurch ersetzt, dass die auszugleichenden Verluste je »fehlender« Einwohner 2.600 Euro betragen. Die demografischen und finanzpolitischen Bedingungen dürfen nicht dazu führen, dass der strukturschwache ländliche Raum von der Landespolitik vernachlässigt wird. Die Akzeptanz der gewachsenen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regionen ist notwendig, auch bei der spekulativen Angliederung des Landkreises Elbe-Elster an TF.

Letztlich soll und muss ehrenamtliche Mandatsarbeit machbar bleiben. Größere Entfernungen zu den Beratungsorten erhöhen den vertretbaren Aufwand grenzwertig. Die bürgerschaftliche Mitwirkung muss erhalten bleiben und wird nicht durch Veränderungen an der Kommunalverfassung erreicht.

Die gesetzgeberische Umsetzung des Leitbildes wird die Auseinandersetzung weiter beleben und unsere Mitwirkung einfordern.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

ANHÖRUNG ZUR VERWALTUNGSSTRUKTUR- REFORM 2019 AM 2. JUNI 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung zu der heutigen Anhörung. Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Aus der Einladung zur Anhörung geht nicht eindeutig hervor, welches der dort aufgezeigten Dokumente der konkrete Anhörungsgegenstand sein soll. Überdies war die Einladungsfrist - vom 25. April 2016 bis heute - zu kurz. Unter diesen Bedingungen konnte der Kreistag Teltow-Fläming keine Stellung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 nehmen. Das ist aber erforderlich, da der Landkreis als Selbstverwaltungskörperschaft von einer Kreisgebietsreform betroffen ist. Ich beziehe mich deshalb auf einen Kreistagsbeschluss vom 27. April 2015 zum Entwurf des Leitbildes für eine Verwaltungsstrukturreform 2019 der Landesregierung. Der Kreistagsbeschluss soll in seinen grundsätzlichen Aussagen weiterhin Bestand haben, wie der Kreisausschuss des Landkreises Teltow-Fläming am 23. Mai 2016 einmütig beschlossen hat.

Kreistag Teltow-Fläming für die Eigenständigkeit des Landkreises

Das eine umfassende Funktional-, also Aufgabenreform der Landes- und Kreisverwaltung, erforderlich ist, bestreitet niemand. Der Kreistag Teltow-Fläming forderte das auch in seinem Beschluss vom 27. April 2015.

Diese muss, so die Abgeordneten, mit einem ausgewogenen Finanzierungskonzept verknüpft sein. Der Landkreis dürfe nicht zerschlagen werden, müsse eigenständig bleiben, Bürgernähe und Mandatsarbeit sollten durch angemessene Verwaltungsstrukturen gesichert sein.

Potenzial für eigenständige Zukunft vorhanden

Der Landkreis Teltow-Fläming hat das Potenzial, auch in Zukunft eigenständig bestehen zu können. In Teltow-Fläming leben derzeit 165.320 Menschen - und weitere Zuwächse werden prognostiziert. Teltow-Fläming ist 2092 Quadratkilometer groß und damit auf Platz 25 aller Landkreise in Deutschland. Er gehört zu den wirtschaftsstärks-

ten Landkreisen im Osten, wovon entscheidend die Exportquote des Landes Brandenburg profitiert.

Dass Teltow-Fläming ein Landkreis mit Zukunft ist, hat erneut eine Studie - der Zukunftsatlas 2016 - bestätigt. Das Wirtschaftsinstitut Prognos AG untersuchte alle 402 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Es bewertete die Ergebnisse nach Kriterien wie demografische Entwicklung, Innovationskraft und wirtschaftliche Dynamik und listete die Kreise und kreisfreien Städte nach Rängen. Teltow-Fläming liegt auf Platz 285 und gehört damit zu den nicht einmal 20 Kommunen in Ostdeutschland, denen Prognos ein ausgeglichenes Verhältnis von Chancen und Risiken attestiert. In der Kategorie Dynamik liegt der Landkreis bundesweit sogar auf Platz 51, in der Kategorie Innovation auf Platz 105. Im vorderen Mittelfeld Platz 175 liegt Teltow-Fläming in der Kategorie Demografie.

Teltow-Fläming verfügt über eine leistungsfähige Verwaltung mit 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den letzten drei Jahren sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden, die Schulden abzubauen und den Kassenkredit drastisch zu reduzieren. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landkreises soll in der mittelfristigen Finanzplanung wieder hergestellt werden.

Kurz: Es gibt viele gute Gründe dafür, warum der Landkreis Teltow-Fläming weiterhin eigenständig bleiben kann und muss.

Konsenslinie zum Reformziel wurde verlassen

Wir haben die Diskussion zum Leitbild der Landesregierung genau verfolgt, uns in den Regionalkonferenzen aktiv eingebracht und die entsprechenden Dokumente studiert. Was aus einem Jahr Diskussion bleibt ist der Eindruck, dass die bereits in der Enquetekommission 5/2 beschriebene Konsenslinie zum benannten Reformziel (ich zitiere) - die kommunale Selbstverwaltung zu stärken durch eine umfassende Funktionalreform - verlassen worden ist. Die deutlich abgespeckte Vorschlagsliste für die Kommunalisierung von Aufgaben, die überdies unter einem Kosten- und Finanzierungsvorbehalt des Landtages steht, wird einer umfassenden Funktionalreform nicht gerecht.

Regeleinwohnerzahl muss verändert werden

Weil die Form, sprich Struktur, der Aufgabe folge, fehlt die Grundlage, die Regeleinwohnerzahl von 175.000 als Kriterium für eine Gebietsreform festzulegen, woraus sich im Übrigen die gewaltigen Kreisgrößen nach Vorstellung der Landesregierung von bis zu 5000 Quadratkilometern ergeben würden.

Nimmt man die Landesregierung beim Wort, dass der Umfang der Funktionalreform maßstabgebend für die Ausgestaltung der Gebietsreform sein soll, so sind eine erneute Überprüfung und Veränderung der Eckwerte für Regeleinwohnerzahl und Fläche unumgänglich. Ich darf darauf hinweisen, dass sich im neuen Dokument der Landtag vorbehält, für die einzukreisenden kreisfreien Städte die Frage der Regeleinwohnerzahl erneut aufzuwerfen. Dies sollte dringend auch für die Landkreise gelten.

Ankerstädte im ländlichen Raum stärken

Von den fünfundzwanzig der Fläche nach größten Landkreisen in der Bundesrepublik Deutschland liegen acht Landkreise in Brandenburg und sechs in Mecklenburg-Vorpommern. Von den fünfzig der Einwohnerzahl nach größten Landkreisen in der Bundesrepublik Deutschland liegt kein einziger in Brandenburg. Vielleicht ist für das Flächenland Brandenburg in Gänze weniger das Thema Großkreisstrukturen aufgerufen als vielmehr das Thema: Wie gehen wir zukünftig unter den sich verändernden demografischen und finanzpolitischen Bedingungen mit dem strukturschwachen ländlichen Raum um? Ich denke, dass dabei an den kleinen Ankerstädten im ländlichen Raum kein Weg vorbei führt - Stichwort Grundzentren. Sie bedürfen der besonderen und nachhaltigen Förderung.

Ehrenamtliche Mandatsarbeit muss zumutbar sein

Der Kreistag Teltow-Fläming hat angemahnt, dass Kreisgebiet und Verwaltungsstrukturen angemessen und überschaubar sein müssen, um die ehrenamtliche Mandatsarbeit zu gewährleisten. Die in der Verfassung verankerte Selbstverwaltungsgarantie erfordert Augenmaß bei Einwohnerzahl und Fläche. In

diesem Sinne geht es nicht nur, wie im Leitbildentwurf ausgeführt, um »vertretbare« Bedingungen für die ehrenamtliche Mandatsarbeit im Kreistag, sondern darum, dass diese Bedingungen auch zumutbar sind. Die Überschaubarkeit und Angemessenheit von Verwaltungs- und Mandatsstrukturen sind ein nicht zu unterschätzender Faktor für demokratische, staatliche und politische Handlungsfähigkeit.

Zur Illustration:

Im Kreistag Teltow-Fläming sind von den 56 Abgeordneten 43 berufstätig. Das sind 76,8 Prozent. Deshalb wundert es nicht, dass die ersten Initiativen nach der Kreistagswahl im Jahr 2014 fraktionsübergreifend auf die Verlagerung der Anfangszeiten der Kreistagssitzungen und Ausschüsse von 17 auf 19 Uhr gerichtet waren. Dass die Sitzungen letztendlich weiterhin bereits 17 Uhr beginnen, liegt auch daran, dass nach Sitzungsende und aufgrund der Entfernungen vom Sitzungszum Heimatort viele Abgeordnete die Ruhezeiten entsprechend dem Arbeitsschutzgesetz nicht mehr einhalten könnten. Mindestens eine Stunde Fahrtzeit zum Sitzungsort, ohne Verkehrseinschränkungen gerechnet, muss heute schon ein Großteil der Abgeordneten auf sich nehmen. Noch größere Entfernungen nach einer Kreisgebietsreform würden ihre Arbeit erschweren und die Zumutbarkeit infrage stellen. Ich darf daran erinnern, dass der Landkreis Teltow-Fläming 1993 aus den Altkreisen Zossen, Jüterbog und Luckenwalde entstanden ist.

Kein starres Sektoral-Korsett

Im Leitbild wird das Konzept der strahlenförmig um Berlin angeordneten Verwaltungseinheiten bis zur Landesgrenze bzw. das Sektoralprinzip bemüht. All das solle dazu dienen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Allerdings ist das sogenannte Sektoralprinzip das Gegenteil von Ausgewogenheit. Es entstehen keine homogenen Gebilde, sondern wirtschaftlich und einwohnerstarke Ballungsbereiche im Berliner Umland mit struktur- und wirtschaftsschwächeren Großflächengebieten. Notwendig aber ist kein starres Sektoral-Korsett, sondern die Beachtung raumordnerischer Bedingungen im Flächenland Brandenburg und der

gewachsenen kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Bindungen und Beziehungen der Regionen.

Keine Zusammenlegung von Teltow-Fläming und Elbe-Elster

Obwohl in den Dokumenten noch keine konkreten Großkreisstrukturen benannt sind, wird ganz offen über die Zusammenlegung der Landkreise Elbe-Elster und Teltow-Fläming gesprochen. Und es wird gesagt, dass Elbe-Elster doch nicht »übrig« bleiben dürfe. Ich habe eine Weile gebraucht, um das zu verstehen. Mit dem Großkreis-Paket – also der Idee, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße und Cottbus zu einer Verwaltungseinheit zu verschmelzen – weiß ich nun, was sich hinter der »Nicht-übrig-bleiben-Politik« verbirgt.

Die Zusammenlegung der Landkreise Teltow-Fläming und Elbe-Elster mit einer Ausdehnung von Berlin bis Sachsen ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Außer der B101 gibt es mit Elbe-Elster kaum Berührungspunkte, während uns hingegen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald Geschichte und Kultur, der Wirtschaftsraum des Großflughafens

sowie wirtschaftliche Verflechtungen und eine gemeinsame Entwicklungsgesellschaft verbinden.

Der Landtag forderte am 17. Dezember 2014 ein ausgewogenes Finanzierungskonzept für eine umfassende Verwaltungsstrukturreform. Die Landkreise, Städte und Gemeinden sollten dauerhaft leistungsfähig bleiben. Ein an diesen Anforderungen überarbeitetes Finanzierungskonzept liegt nicht vor. Bisher gibt es lediglich Eckpunkte mit Zahlen zur Teilentschuldung, Anschubfinanzierung und zum Einsatz von Landesfinanzen und Mitteln aus der kommunalen Finanzmasse. Es drängt sich der Eindruck auf, dass zukünftig vor allem über die Großkreise und die von den kreisangehörigen Gemeinden und Städten getragene Kreisumlage die in der Verfassung gebotene Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Großkreisstrukturen erfolgen soll und darunter die »dauernde Handlungsfähigkeit« verstanden wird.

Ausgewogenes Finanzkonzept fehlt

Die Kreisumlage in Teltow-Fläming beträgt 47 Prozent. Damit gehört

der Landkreis heute schon zu den Landkreisen mit der höchsten Kreisumlage. Unsere Kommunen im so genannten Speckgürtel haben aufgrund der enormen Zuzugsbewegungen Vorsorge in Bildung und sozialer sowie verkehrlicher Infrastruktur zu leisten. Die Gemeinden und Städte im strukturschwachen ländlich geprägten Süden sind gefordert, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport zu sichern. Die großen Zukunftsfragen für den strukturschwachen ländlichen Raum in Brandenburg bedürfen für die dauernde Handlungsfähigkeit innovativer Konzepte, die über das Mittel der Kreisumlage hinausgehen.

higkeit innovativer Konzepte, die über das Mittel der Kreisumlage hinausgehen.

Fazit

Gemessen allein an den eigenen landespolitischen Vorgaben für eine Kreisneugliederung (Beschluss des Landtags vom 17. Dezember 2014)

- umfassende Funktionalreform
- Gesamtfinanzierungskonzept für eine dauerhafte Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden

sind die vorgelegten Dokumente nicht zustimmungsfähig.



KREISVORSTAND UND KREISTAGSFRAKTION VOR ORT

LUDWIGSFELDE UND GROSSBEEREN BERICHTETEN

Mit ihren turnusmäßigen Vor-Ort-Beratungen waren der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming dieses Mal in unserem Ludwigsfelder Bürgerbüro zu Gast, um sich über die aktuellen politischen Themen in Ludwigsfelde und Großbeeren zu unterrichten.

Silvio Pape als Vorsitzender des Stadtverbandes Ludwigsfelde machte deutlich, dass der Bevölkerungszug deutlich zu spüren ist. Die Stadt wächst. Neue Siedlungen entstehen, sozialer Wohnungsbau ist Mangelware. Neue Wohnungen entstehen meist im hochpreisigen Segment.

Die AfD, die vor einiger Zeit versuchte, in Ludwigsfelde Fuß zu fassen, ist eher gescheitert. Die einmalige Demo hatte nicht den erhofften Mobilisierungseffekt in der Bevölkerung. Eine Veranstaltung zum »Flüchtlingschaos« wurde kaum besucht bzw. von der örtlichen LINKEN und Sympathisanten mit sachlicher Auseinandersetzung deutlich dominiert. Mit dem neuen Bürgermeister Igel (SPD) und der Stimmung in der SVV selbst ist man recht zufrieden, sachliche Arbeit ist möglich. Mit

dem Bürgermeister ist wieder eine Leitung im Rathaus, nach der Vakanz durch den Tod Frank Gerhards, spürbar.

Jürgen Akuloff führte ebenfalls zur Wohnungssituation aus. Gemäß Hartz IV gibt es bei den Bedarfsgemeinschaften eine feste Grenze bei der Quadratmeterzahl für Wohnraum. DIE LINKE sollte hier in der SVV mit ihrem Antrag darauf setzen, dass die Wohnbauunternehmen einen festen Prozentsatz ihres Bestandes für soziales Wohnen bereitstellen. Dies ist nicht immer einfach, da im Gegenzug auch von den kommunalen Unternehmen wirtschaftliches (und somit kostendeckendes) Arbeiten erwartet wird. Jürgen Akuloff verwies auf das aktuell im Landkreis diskutierte Integrationskonzept.

In der anschließenden Diskussion kam das Thema Kitaplatzversorgung zur Sprache. Die Situation ist in Ludwigsfelde angespannt, die Puffer sind ausgereizt, Wartelisten existieren. Weiteres Thema war auf Nachfrage die Altanschiebersituation. Hier ist Ludwigsfelde jedoch nur mit sehr wenigen Personen betroffen. In der Diskussion wurde deutlich,

dass wir als LINKE viel mehr darauf hinweisen müssen, dass wir an der Situation der Altanschieber nicht schuld sind, sondern die damalige SPD-CDU-Landesregierung. Nuncmehr stellen sich aber Ex-SPD-Christoph Schulze und CDU-Sven Petke, damals herausgehobene Verfechter und Verursacher der heutigen Probleme, hin und zeigen mit den Fingern auf die aktuelle Regierung von SPD und LINKE.

Irene Pacholik berichtete aus der Gemeinde Großbeeren. Unser Bundestagsmitglied Norbert Müller war vor Kurzem beim Großbeereener Bürgermeister zu Gast, Themen waren Wohnungsbau, Kita, Hort und das Güterverkehrszentrum. Der neue Hort in der Gemeinde wird mit 250 Plätzen geplant, ist allerdings schon wieder zu klein. Der Zuzug ist auch in dieser Gemeinde einfach zu groß. Container sind aktuell als Behelf vorgesehen. Kita und Schule sind ebenfalls am Limit. Der kommunale Wohnungsbau stellt aktuell einen Schwerpunkt dar. Das Güterverkehrszentrum mit vielen polnischen Arbeitskräften und deren Bedarf an Wohnraum stellt zusätzliche Ansprüche an den Wohnmarkt,

neben den unterzubringenden Geflüchteten.

Gelobt wurde die vom rot-roten Brandenburg in Kürze eingeführte Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Der Weg zum Sozialamt und das mühsame Ausstellen von Behandlungsscheinen für den Arztbesuch entfallen damit. Es gibt nur ein Problem: Gerade im berlinnahen Raum werden zumeist die Fachärzte in Berlin aufgesucht (Beispiel: Ist der örtliche Frauenarzt ein Mann, suchen Flüchtlingsfrauen natürlich eher eine weibliche Frauenärztin in Berlin auf – idealerweise spricht diese dann ggf. sogar auch noch die gleiche Sprache). Die Gesundheitskarte in Brandenburg gilt aber natürlich nur für Brandenburg – Berlin hat hier nicht mitgemacht bzw. einen bundeseinheitliche Regelung existiert nicht.

In diesem Zusammenhang wurde angeregt, dass diese Kenntnisse auch in die Auswertung und Diskussion des Integrationskonzeptes Teltow-Fläming durch den Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion zeitnah einfließen sollten.

Felix Thier, Luckenwalde

3. FrühLINKSempfang

Zum 3. FrühLINKSempfang kamen auf Einladung unseres Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion nicht nur Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei in die Bar »Chamäleon« nach Luckenwalde. Landrätin

so einem herrlichen Frühlingstag ausgeht und von den positiven Signalen für Familie und Gesellschaft im Landkreis Teltow-Fläming. Viele Entscheidungen warten aber noch auf ihre Abarbeitung, finanzielle



Fotos: Felix Thier



Kornelia Wehlan, die Erste Beigeordnete Kirsten Gurske und den stellvertretenden Bürgermeister von Luckenwalde, Peter Mann, konnte Felix Thier, Kreisvorsitzender, begrüßen.

Ebenso vor Ort war unser Bundestagsabgeordneter Norbert Müller. Landrätin Kornelia Wehlan sprach von Aufbruchstimmung, die von

Engpässe müssten überwunden werden, Sanierungsfragen geklärt und der Abbau von Schulden im Rahmen der kommunalen Familie vorangetrieben werden. Eine solide Finanzpolitik ist Grundlage zum Diskutieren, um künftigen Generationen Schuldenfreiheit zu gewähren. Sie sprach auch den weiteren Ausbau der B 101 oder die Weiterentwick-

lung der Fläming-Skate an. Man müsse an den Entwicklungsfragen im ländlichen Raum dran bleiben, sagte sie, und es muss gelingen, den Flughafen BER ans Netz zu bringen. Ein Thema ist auch die Wasser-/Abwasserfrage. Hier müssen Nothilfefonds neu belebt werden, um notleidenden Zweckverbänden aus der Klemme zu helfen.

Während im Norden des Landkreises eine positive Sog-Wirkung zu spüren ist, bedarf der ländlich geprägte Süden, der nicht abgehängt werden darf, der gleichen Zuwendung und Kraft zu seiner potentiellen Entwicklung. 2019 laufen die Solidarpakete aus, dennoch muss alles getan werden, um die Schulden abzubauen, denn auch das ist »Generationsgerechtigkeit« sagte Kornelia Wehlan. Als wichtigen Punkt sprach sie die Kreisgebietsreform an, die die Region vor neue strategische Aufgaben stellen wird. Die Veranstaltung verlief in lockerer Atmosphäre bei einem kleinen Imbiss, mit vielen guten Gesprächen und findet sicherlich auch 2017 ihre Fortsetzung, wenn DIE LINKE dann schon zum traditionellen FrühLINKSempfang einladen wird.

Sabine Gumpel, Trebbin

ASYL

UNTERBRINGUNG FÜR GEFLÜCHTETE

Der Landkreis Teltow-Fläming lud am 9. April zum Tag der offenen Tür in die neu errichtete Thermohalle zur Notunterbringung für Geflüchtete am Biotechnologepark in Luckenwalde. Auch Mitglieder unserer Kreistagsfraktion nutzten die Chance, um sich ein Bild von der Notunterkunft zu machen.

Die Thermohalle ist wie erwähnt als Notunterkunft gedacht und bietet bis zu 300 Personen Platz. Sie ist sehr einfach gehalten und zweckmäßig, Luxus, wie mancher Rechtspopulist gern so oft behaupten mag, sucht man hier vergebens. Die Halle verfügt über einen zentralen Platz zum Wasche waschen, mehrere Waschmaschinen stehen hier für die Geflüchteten bereit. Ebenso gibt es einen zentralen Ort zum Kochen, Toiletten mit mehreren Kabinen sind zentral gehalten wie die Waschräume

mit einzelnen Duschkabinen bzw. Waschbecken.

Der Schlafbereich ist für bis zu sechs Personen (je als Doppelstockbettvariante) konzipiert, abschließbare Spinte sind vorhanden. Ab-

getrennt sind die Bereiche durch einen Vorhang und Stellwände. Insofern ist dies auf jeden Fall besser als notdürftig aufgestellte Feldbetten in einer Turnhalle ...

Im Aufenthaltsbereich für alle finden sich Bierzeltgarnituren und Sofas, eine Spielecke für die Kinder ist vorhanden. Jeder Neuankömmling erhält als Grundausrüstung einen Topf, Pfanne, Besteck und Geschirr-

satz, Handtücher und Bettwäsche zum persönlichen Gebrauch.

Mein Fazit: Ein bedrückendes Gefühl, wenn man sich für einen Moment in die Lage denkt, selbst so wohnen zu müssen. Eine Neiddebatte nach dem Motto »Die Flüchtlinge bekommen hier alles von uns!« ist nicht angebracht.

Felix Thier, Luckenwalde



Fotos: Felix Thier

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 31.5.2016
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.900
Juni 2016, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.